

Grundsatzprogramm der Kulturpolitischen Gesellschaft, Teil II

Kommentar der Regionalgruppe B-BB (Stand: 07. Juli 2012)

II. Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik

Die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern sich weltweit grundlegend. Ein tief greifender Strukturwandel hin zu einer digitalen und globalen Wissensgesellschaft schafft neue Optionen, birgt aber auch Risiken. Die ökologische und finanzwirtschaftliche Krise sowie die demografische und sozio-ökonomische Entwicklung beeinträchtigen die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen und bedrohen den sozialen Frieden.

Alle Politikbereiche sind aufgerufen, sich diesen Herausforderungen zu stellen – auch die Kulturpolitik! Notwendig sind alternative Gesellschaftsentwürfe, die die kulturelle und soziale Teilhabe mit nachhaltiger Entwicklung zusammendenken und dabei auch die Kulturwirtschaft und die **Arbeitswelt Arbeits- und Produktionsbedingungen** in den Blick nehmen – **sowohl für die künstlerische Produktion als auch für die Berufe, die sie begleiten (Kultur- und Projektmanagement et al.)**.

Nachhaltigkeit

Die Frage, wie wir leben und unsere Gesellschaft nachhaltig kulturell gestalten wollen, ist auch eine kulturpolitische Frage. Immaterielle Werte wie Solidarität, Gemeinwohl, gesellschaftliche Teilhabe, Souveränität und Selbstverantwortung werden **in einer Kultur der Nachhaltigkeit** eine **immer** größere Rolle spielen.

Mit einer allein auf monetäres Wachstum orientierten Wirtschafts- und Produktionsweise können die anstehenden Krisen nicht bewältigt werden. Vielmehr wird so zunehmend die natürliche Umwelt gefährdet – der Klimawandel ist hier nur ein herausragendes Beispiel. Notwendig ist die Transformation hin zu einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise. Dieses beinhaltet eine neue Definition von Wohlstand und eine Politik, für die Kriterien wie Lebensqualität und Lebensglück bestimmend sind.

Nachhaltigkeit in der Kulturpolitik beinhaltet vor allem die Fragen nach der Zukunft der kulturellen Infrastruktur, ihrer Innovationsfähigkeit, ihrem Veränderungspotenzial, ihrem Ressourcenverbrauch und die Frage nach dem Publikum der Zukunft. **Nicht zuletzt bedeutet Nachhaltigkeit in der Kulturpolitik aber auch die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Prozessen, Entscheidungen und in den Gremien.**

Publikum und Kulturinteressen im Wandel

Die Sozialstruktur der Gesellschaft verändert sich: Wir werden – regional differenziert – „weniger, bunter und älter“. Während der Reichtum wächst, sind immer mehr Menschen von Armut bedroht. Die Gleichzeitigkeit von wachsenden und schrumpfenden Regionen führt zu regionalen Disparitäten und erzeugt neue Widersprüche.

Diese Entwicklungen beeinflussen auch das an Kunst und Kultur interessierte Publikum. Es ist vielfältiger geworden und wird absehbar quantitativ schrumpfen, sein Durchschnittsalter wird steigen. Das Bildungsbürgertum verliert als Kultur tragende und wahrnehmende Schicht tendenziell an Bedeutung. Die großen Häuser haben zunehmend Schwierigkeiten, ihr Publikum zu erreichen, zumal immer mehr Angebote in Konkurrenz zueinander stehen. Die soziale Selektivität der Kulturangebote wird weiter zunehmen. Vielen Menschen ist es aufgrund ihrer sozialen Lage faktisch nicht möglich, am Kulturleben teilzunehmen.

Eine auf dem Bürgerrecht Kultur basierende Kulturpolitik ist dem Prinzip der Inklusion verpflichtet. Dazu gehören auch zielgruppenspezifische Angebote sowie eine an sozialen Kriterien orientierte Eintrittspreisgestaltung. Nachwachsende Generationen brauchen mehr Räume zur kulturellen Selbstentfaltung.

Kultur in der digitalen Gesellschaft

Die digitale Revolution verändert die Produktionsbedingungen von Kunst und Kultur ebenso wie die Formen der kulturellen Teilhabe und die mediale Rezeption. Sie bietet einer „Kultur für alle und von allen“ neue Möglichkeiten. Digitale Vermittlungskonzepte erweitern die Optionen für Bibliotheken, Museen und Archive. Allerdings stellt die Digitalisierung grundlegende Wertbegriffe der analogen Welt wie Urheberschaft und Eigentum, Öffentlichkeit und Privatheit, Original und Kopie, Aura und Authentizität in Frage. Notwendig ist ein öffentlicher Diskurs, in dem der *Ent*-wertung dieser Werte eine neue *Be*-wertung gegenüber gestellt wird.

Die Beschäftigung mit den digitalen Medien und multimedialen Techniken muss von der Kulturpolitik offensiv betrieben werden. Notwendig sind Konzepte, um die Möglichkeiten der digitalen Medien für eine inklusive und partizipative Kulturpolitik nutzen zu können. Dabei ist die Vermittlung von Medienkompetenz für alle ebenso wie der kreative Umgang mit den neuen Medien zu fördern. Besondere Aufmerksamkeit sollte der digitalen Kunstproduktion entgegengebracht werden. Die öffentlichen Kultureinrichtungen müssen in die Lage versetzt werden, die digitale Technik einsetzen und nutzen zu können.

Dringlich ist die Reform des Urheberrechts, das den freien Zugang zu Informationen und Kulturproduktion für alle eröffnet, aber auch das geistige Eigentum schützt. Unverzichtbar ist dabei die Verteidigung der Netzneutralität auf allen Ebenen.

Interkulturelle Öffnung

Die kulturelle Vielfalt ist eine der kostbarsten Ressourcen der Zukunft. In absehbarer Zeit werden die MigrantInnen und ihre Nachkommen in den westdeutschen Großstädten die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Im deutschen Kulturbetrieb spiegelt sich diese interkulturelle Realität bislang jedoch nur wenig wider.

Es ist Aufgabe einer demokratischen und zukunftsorientierten Kulturpolitik, die mit der Zuwanderung verbundenen kulturellen Chancen und Potentiale aktiv aufzugreifen. Das, Recht auf kulturelle Teilhabe verpflichtet dazu, kulturelle Diversität und Integration gleichermaßen zu fördern. Der Begriff des Kulturerbes und dessen Vermittlung sind vor dem Hintergrund der Migrationsrealität zu überdenken und neu zu interpretieren.

Interkulturelle Kulturarbeit ist eine dauerhafte Herausforderung für die Gesellschaft und ihre kulturellen Institutionen. MigrantInnen sind als Rezipienten, aber auch als Produzenten und Akteure in der Kulturarbeit und der Kulturpolitik stärker zu beteiligen. In kulturpolitischen Verbänden sowie in den Gremien und Kommissionen der Programm- und Förderstrukturen des öffentlichen Kunst- und Kulturbetriebs müssen sie aktiv in die Verantwortung einbezogen werden.

Kultur- und Kreativwirtschaft

Die Kultur- und Kreativwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Angebot; sie schafft aber auch Arbeitsplätze und Umsätze in einem volkswirtschaftlich relevanten Umfang. Allerdings sind gerade in dieser „Zukunftsbranche“ prekäre Beschäftigungsverhältnisse, schlechte Bezahlung und unzumutbare Arbeitsbedingungen verbreitet. Viele Künstlerinnen und Künstler, die als Selbstständige und Kleinstunternehmen tätig sind, leben unterhalb der Armutsgrenze.

Kulturwirtschaft braucht die öffentliche Infrastruktur. Den größten Beitrag zur Entwicklung der Kulturwirtschaft leisten Staat und Kommunen nicht durch direkte finanzielle Zuschüsse, sondern durch Bereitstellung der Bildungs- und Wissenschafts- sowie der kulturellen Einrichtungen für die künstlerische, Ausbildung, Produktion und Vermarktung.

Die Kulturpolitik hat die Aufgabe, die Voraussetzungen für kreative Milieus, insbesondere in den Kommunen, zu schaffen, die Künstler und Kulturschaffende für ihre Arbeit benötigen. Dazu gehören differenzierte Kulturförderungskonzepte ebenso wie eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung für die Akteure. Kulturpolitik muss mit Blick auf den Bedeutungsgewinn der Kulturwirtschaft ihren öffentlichen Gestaltungsauftrag deutlich machen und darf ihn nicht wirtschaftlichen Interessen unterordnen. Es gilt, den Hauptsinn ihres Engagements von ökonomischen Nebeneffekten zu unterscheiden.